



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der Grünen:
Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK
in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion
unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit
nutzen

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 26.04.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir behandeln jetzt einen Antrag der Grünen, bei dem ich mich schon frage, was wir mit diesen Forderungen anfangen sollen. Die Intentionen der Antragsteller sind klar: Sie wollten sich zur gestrigen Anhörung der behindertenpolitischen Verbände aus NRW durch die Monitoring-Stelle der UN-Behindertenrechtskonvention als deren vermeintlicher Sachverwalter präsentieren. Und Sie suchen verzweifelt nach Argumenten für eine Kritik an der Inklusionspolitik des Landes. Ihre Forderungen gehen aber an der Sache völlig vorbei.

Erstens: Die Monitoring-Stelle ist in Ihrer Arbeit völlig unabhängig. Sie entscheidet ganz alleine, ob und wie sie die Landesregierung in ihre Aktivitäten einbindet. Dazu zählt die angesprochene Verbändekonsultation ebenso wie Gespräche im politischen Raum. So habe ich mich zum Beispiel letzte Woche auch mit Frau Dr. Kroworsch als Verantwortliche für NRW ausgetauscht. Es gibt also bereits eine Verknüpfung mit der Arbeit des Landtages.

Zweitens: Die Stellungnahmen von Verbänden wie auch andere Informationen werden ausschließlich von der Monitoring-Stelle selber gesammelt und ausgewertet. Sie hat angekündigt, auch in der weiteren Arbeit die Vertreter der Politik zu beteiligen. Vor einer Auswertung sollten aber keine unkommentierten Stellungnahmen veröffentlicht werden. Die Forderung nach einem Bericht der Landesregierung über die Stellungnahmen der Verbände läuft also ins Leere.

Drittens: Die Monitoring-Stelle plant am Ende des Sommers einen ersten Bericht zur Lage in NRW zu veröffentlichen. Zu diesem Bericht wird es auch einen Austausch mit den Fraktionen und mit dem Ministerium geben. Erst dann haben wir überhaupt eine Grundlage, über die wir diskutieren können. Dann können wir auch bewerten, wo wir in der Inklusion auf einem guten Weg sind und wo wir noch nacharbeiten müssen. Vorher kann auch die Landesregierung gar keine Analysen der Monitoring-Stelle in ihre Arbeit einarbeiten. Auch Ihre zweite Forderung ist also gegenstandslos.

Viertens: Sie stellen vorrangig die schulische Inklusion in den Fokus. Die Monitoring-Stelle wird aber in ihrem ersten Bericht verschiedene Lebensbereiche analysieren – sei es gesellschaftliche Teilhabe, Wohnen oder Mobilität. Die schulische Inklusion stellt hier nur einen Ausschnitt dar. Insofern wundere ich mich auch, dass Sie hier die Federführung im Schulausschuss sehen und nicht im eigentlich für die Monitoring-Stelle zuständigen Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Und bei der schulischen Inklusion sollten sich gerade die Grünen eher selber kritisch hinterfragen. Wer hat denn die Probleme bei der Umsetzung der Inklusion zu verantworten? Wer hat denn Kinder mit Behinderungen ohne ausreichende personelle Unterstützung übereilt in Regelklassen geschickt? Wer ist denn auch wegen des Unmuts der Eltern vor einem Jahr abgewählt worden?

Die NRW-Koalition musste hier erstmal die schlimmsten Fehler angehen, um überhaupt Rahmenbedingungen für ein gemeinsames Lernen schaffen zu können. Das kommende Schuljahr 2018/2019 wird insofern noch ein Übergangsjahr werden.

Ein Konzept zur Neuausrichtung der Inklusion in der Schule werden wir aber in den kommenden Monaten vorlegen. Ich denke jedenfalls, dass unsere Schulministerin mit ihrer realistischen Inklusionspolitik auf dem richtigen Weg ist.

Ihr Antrag bringt uns aber nicht viel weiter. Wir werden der Überweisung in die Ausschüsse jedoch zustimmen.